



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

131. Ratssitzung vom 5. Februar 2025

4274. 2024/104

Postulat von Matthias Renggli (SP), Rahel Habegger (SP) und Pascal Lamprecht (SP) vom 13.03.2024:

Schaffung einer zentralen Compliance-Stelle innerhalb der Verwaltung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Matthias Renggli (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2951/2024): Weshalb ist ein ethisch korrektes Verhalten in der Verwaltung wichtig und weshalb braucht es eine Compliance-Stelle – auch wenn alles gut läuft? Gerne erinnere ich Sie an die Historie im Kanton Zürich, der bereits eine solche Stelle kennt. Der kantonale Chefbeamte Raphael Huber kassierte in den Jahren 1982 bis 1992 Schmiergelder in Millionenhöhe. Er liess sich von Betreibern von Gaststätten Bilder seines Vaters zu Wucherpreisen abkaufen und stellte im Gegenzug Patente aus. Er bekam so auch zinsgünstige Darlehen für sein Weingut in Italien. Es dauerte rund zehn Jahre, bis das bunte Treiben aufflog und als «Wirtepatent-Affäre» in die Geschichte einging. Diverse Personen wagten es nicht nachzufragen oder schauten weg. Auch in der Stadt Zürich ist die Causa ERZ-Pauli noch nicht ganz verdaut. Nicht wenige von uns erinnern sich an die Aufarbeitung in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) oder Rechnungsprüfungskommission (RPK) und danach in der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Auch in diesem Fall dauerte es erstaunlich lange, bis die Verfehlungen bekannt wurden. Damit so etwas nicht wieder passiert, ist es wichtig, das Bewusstsein für ethisch korrektes Verhalten nachhaltig zu fördern und dolosen Handlungen und Korruption proaktiv entgegenzuwirken. Das gilt nicht nur für die Verwaltung, sondern auch in der Privatwirtschaft. Grössere Konzerne verfügen aufgrund der finanziellen Risiken und zum Schutz der Reputation in der Regel über Compliance-Stellen. In die Presse schaffen es aber vor allem jene Fälle, in denen die Compliance versagt hat. Wir erinnern uns an die Causa Vincenz bei der Raiffeisenbank. Die Mitarbeitenden der Stadt sollen sich in allem, was sie tun oder nicht tun, korrekt verhalten. Sie sollen verantwortungsbewusst und integer sein sowie nach bestem Wissen und Gewissen im Sinn der Stadt handeln. Zudem sollen sie wissen, an wen sie sich innerhalb der Verwaltung bei Compliance-Fragen wenden können, wenn etwas seltsam oder nicht plausibel erklärbar ist. Selbstverständlich stehen auch weiterhin die Linienvorgesetzten und am Ende der Stadtrat in der Verantwortung. Zusammengefasst ist Compliance ein unverzichtbares und präventiv wirkendes Instrument für Good Governance. Aus diesen Gründen ist es für die Stadt Zürich zielführend, eine zentrale*



Stelle zu schaffen, die im Arbeitsalltag umsetzbare Massnahmen definiert und bei den Mitarbeitenden das Bewusstsein für ethisch korrektes Verhalten fördert und schärft.

Tanja Maag (AL) begründet den von Andreas Kirstein (AL) namens der AL-Fraktion am 27. März 2024 gestellten Ablehnungsantrag: *Es ist eine Tendenz unserer sozialdemokratischen Kolleg*innen, für jedes scheinbar neue Problem eine zentrale Stelle mit entsprechenden Ressourcen zu schaffen. Da muss man sich manchmal nicht wundern, weshalb die Gegenseite Ideen entwickelt, um die ganze Verwaltung zusammenzuschumpfen. Die AL will nicht schon wieder eine neue zentrale Stelle mit entsprechender Ressourcenbindung für ein Querschnittsthema schaffen, das immer mitgedacht werden muss. Das bedeutet nicht, dass wir Compliance für überflüssig halten. Compliance ist wichtig. In den Controlling-Berichten ist das Interne Kontrollsystem (IKS) ein Standardprüfpunkt und eine der Massnahmen, die aus der PUK-ERZ erwachsen ist und in Beratungen immer wieder zu Diskussionen führt. Ableitend zeigte sich, dass sich der Stadtrat inhaltlich auf gesamtstädtischer Ebene damit beschäftigt, wie man weitergehen könnte. Das ist wichtig. Es müssen Mechanismen eingebaut werden. Aber eine neue Stelle wollen wir nicht. Ethisch korrektes Verhalten ist eine Haltung und kann nicht durch eine Stelle gefördert werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): *Schon das zweite Mal an diesem Abend kann ich einer Sprecherin der AL zu 100 Prozent zustimmen. Die SVP hat dieses Mal einfach ein anderes Vorgehen gewählt. Anstatt das Postulat abzulehnen, stellen wir einen Textänderungsantrag. Wir möchten, dass die Compliance gefördert wird, aber ohne eine neue Stelle.*

Michael Schmid (FDP): *Die Textänderung ist eine Verschlimmbesserung. Ich habe dem pointierten Votum der AL-Sprecherin inhaltlich nichts beizufügen. Grundsätzlich gilt für alle Behörden und Verwaltungen im Land die verfassungsrechtliche Vorgabe in Artikel 5 der Bundesverfassung: «Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht.» Alle Mitarbeitenden auf allen Hierarchiestufen sind aufgefordert, sich entsprechend zu verhalten – auch die städtischen. In letzter Instanz sind die neun Departementsvorstehenden in der Pflicht und in der Stadt Zürich ganz spezifisch auch die Stadtpräsidentin. Im Artikel 72 Absatz 2 der Gemeindeordnung heisst es dazu: «Ihm oder ihr steht die Geschäftsleitung und die allgemeine Aufsicht über die gesamte städtische Verwaltung zu.» Wenn man feststellt, dass im Bereich der Compliance trotz Finanzkontrolle, Datenschutzbeauftragten oder Ombudsstellen etwas im Argen liegt und Handlungsbedarf besteht, gibt es diese Stelle in Zürich eigentlich bereits in Form des Stadtpräsidiums.*

Das Postulat wird mit 71 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat